



<b>STELLUNGNAHME zum interfraktionellen Antrag</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion SPD-Gemeinderatsfraktion DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	<b>2020/0662</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 4</b>
<b>Gemeinwohl-Bilanzen für eine nachhaltige, ökologische und soziale Wirtschaft beispielhaft für eine städtische Gesellschaft und ein städtisches Amt erstellen</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>28.07.2020</b>	<b>8</b>	<b>x</b>	

### Kurzfassung

Siehe Stellungnahme auf Seite 2

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu			
IQ-relevant		Nein	Ja
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein	Ja
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein	Ja
Korridorsthema: durchgeführt am abgestimmt mit			

**1) Bilanzierungsphase**

**Die Stadtverwaltung wählt eine Gesellschaft aus, für die zunächst eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt wird.**

**Die Stadtverwaltung wählt ein Amt aus, für das ebenfalls erstmalig eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt wird.**

Die Verwaltung der Stadt Karlsruhe ist aktuell noch sehr stark damit beschäftigt, die Herausforderungen der Corona-Krise zu bewältigen.

Die zusätzliche Belastung von einem eingeschränkten Dienstleistungsbetrieb hin zu einem Regelbetrieb führt zu Mehrarbeit bei vielen Mitarbeitenden in nicht unerheblichem Umfang.

Eine weiter zu lösende Aufgabe ist es, die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf die städtischen Finanzen abzuklären. Die noch nicht endgültig abschätzbaren wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen führen zu deutlichen Verschlechterungen im kommunalen Haushalt sowie in den Bilanzen der städtischen Gesellschaften. Aus diesem Grund ist aus Sicht der Verwaltung die Erstellung von Gemeinwohl-Bilanzen für eine nachhaltige ökologische und soziale Wirtschaft zum aktuellen Zeitpunkt nicht zu empfehlen.

Die Verwaltung empfiehlt daher, diesen Antrag um ein Jahr zurückzustellen.

**2) Externe Begleitung und Audit**

**Ein\*e Gemeinwohlberater\*in wird von der Verwaltung beauftragt, die Erarbeitung der Gemeinwohl-Bilanzen für eine städtische Gesellschaft und ein städtisches Amt zu begleiten und zu auditieren.**

Siehe Antwort Ziffer 1)

**3) Die Stadtverwaltung prüft, welche Finanzierungs-/ Fördermöglichkeiten vom Bund oder vom Land für die zwei genannten Punkte des Antrages bestehen**

Siehe Antwort Ziffer 1)